

Zunehmende Gefahr von rechts

Grüne präsentieren Lagebild zum Thema Rechtsextremismus in Bayern

Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte, Einschüchterungsversuche gegenüber politischen Gegnern und zunehmende Fälle von Nazi-Schmierereien. In den vergangenen Monaten sind in Bayern verstärkte und zunehmend gewalttätige Aktivitäten der rechtsextremen Szene zu beobachten. Dieser Befund lässt sich auch anhand der Zahlen ablesen, die aus den Antworten auf diverse Anfragen der Landtagsgrünen an die Staatsregierung hervorgehen.

Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte nehmen massiv zu

Am erschreckendsten ist die extrem gestiegene Zahl von gemeldeten Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte. Obwohl es bereits im vergangenen Jahr einen deutlichen Anstieg entsprechender Straftaten gab, hat sich die offizielle Zahl laut Auskunft des Innenministeriums im Jahr 2014 noch einmal verdoppelt.¹

Jahr	Zahl der Angriffe
2003	3
2004	8
2005	4
2006	7
2007	1
2008	-
2009	2
2010	3
2011	2
2012	2
2013	13
2014	25

Die Aufklärungsquote nach Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte (46,2 %) ist hingegen – insbesondere im Vergleich zur allgemeinen Aufklärungsquote in Bayern (64,4 %, siehe Kriminalitätsstatistik) – auch weiterhin sehr niedrig.²

¹ vgl. Antworten der Staatsregierung (21.02.14 bzw. 30.03.15) auf Schriftliche Anfragen vom 02.01.14 bzw. 21.01.15

² vgl. Antwort der Staatsregierung (30.03.15) auf Schriftliche Anfrage vom 21.01.15

Neben den Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte gab es 2014 laut Auskunft des Innenministeriums drei Fälle von Brandstiftung mit fremdenfeindlichem Hintergrund an privaten Wohngebäuden. Insgesamt zählt das Ministerium für das Jahr 2014 42 „Straftaten fremdenfeindlicher Gewaltkriminalität mit extremistischer Motivation“.³

Starker Anstieg bei rassistischen Kampagnen gegen Flüchtlinge

Auch die Zahl rassistisch motivierter Kampagnen gegen Flüchtlingsunterkünfte geht steil nach oben. Während das Innenministerium für den Zeitraum von 2007 bis 2013 insgesamt 56 entsprechende Kampagnen registriert hat, liegt die offizielle Zahl allein im Jahr 2014 bei 99.⁴

Jahr	Zahl der Kampagnen gegen Flüchtlinge
2007-2013	56
2014	99

Eine ganz zentrale Rolle bei diesen Kampagnen spielen das mittlerweile verbotene Neonazi-Kameradschaftsnetzwerk „Freies Netz Süd“ (FNS) sowie dessen Nachfolgeorganisation „Der III. Weg“. Laut Angaben des Innenministeriums waren sie im Jahr 2014 an jeder zweiten Kampagne aktiv beteiligt.

Zunehmende rechtsextrem motivierte Einschüchterungs- und Bedrohungsversuche

Grundsätzlich nehmen in Bayern Einschüchterungsversuche und Bedrohungen gegenüber all jenen Personen zu, die nicht in das menschenverachtende Schema der rechtsextremen Ideologie passen. Diese alarmierende Entwicklung lässt sich insbesondere an einem massiven Anstieg von als rechtsextrem motiviert eingestuften Delikten aus dem Bereich der sogenannten Hasskriminalität ablesen⁵. Allein im Vergleich zwischen 2013 und 2014 zeigt sich eine Zunahme der angezeigten bzw. gemeldeten Delikte um fast 60 Prozent.⁶

³ vgl. Antwort der Staatsregierung (30.03.15) auf Schriftliche Anfrage vom 21.01.15

⁴ vgl. Antworten der Staatsregierung (21.02.14 bzw. 30.03.15) auf Schriftliche Anfragen vom 02.01.14 bzw. 21.01.15

⁵ Das Themenfeld „Hasskriminalität“ umfasst politisch motivierte Straftaten, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen eine Person wegen deren Nationalität, Volkszugehörigkeit, Hautfarbe, Religion, Herkunft, äußeren Erscheinungsbildes, Behinderung, sexuellen Orientierung oder gesellschaftlichen Status verübt wurde und die Tathandlung damit im Kausalzusammenhang steht bzw. sich in diesem Zusammenhang gegen eine Institution/Sache oder ein Objekt richtet.

⁶ vgl. Antwort der Staatsregierung (02.04.15) auf Schriftliche Anfrage

Jahr	Zahl der Meldungen „Hasskriminalität“
2012	405
2013	375
2014	596

Die offiziellen Zahlen des Innenministeriums zeigen auch, dass das Internet (d.h. E-Mails und Social-Media-Kanäle) bei rechtsextremen Bedrohungs- und Einschüchterungsversuchen eine immer größere Rolle spielt.⁷

Jahr	Zahl der Meldungen „Hasskriminalität“ (Tatmittel „Internet“)
2012	53
2013	48
2014	105

Rechtsterroristische Bestrebungen nehmen deutlich zu

Die zunehmende Gewaltbereitschaft der rechten Szene offenbart sich zudem in der Tatsache, dass seit der Selbstenttarnung des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) am 4. November 2011, laut Auskunft der Bundesregierung, im rechtsextremistischen Bereich „bei der Bundesanwaltschaft 20 Verfahren nach § 129a StGB [Bildung terroristischer Vereinigungen] gegen 41 namentlich bekannte Beschuldigte sowie weitere unbekannte Beschuldigte eingeleitet [wurden].“⁸

Nach Angaben des bayerischen Innenministeriums betreffen zwei der Verfahren auch bayerische Beschuldigte. Eine Angabe über die genaue Zahl der bayerischen Beschuldigten bleibt das Ministerium jedoch schuldig.⁹ Dabei wären nähere Informationen zu rechtsterroristischen Bestrebungen angesichts der wiederholten Waffen- und Sprengstofffunde in Bayern bei Personen mit offenbar rechtsextremem Hintergrund äußerst interessant.¹⁰

⁷ vgl. Antwort der Staatsregierung (02.04.15) auf Schriftliche Anfrage

⁸ vgl. Antwort auf Schriftliche Frage der Bundestagsabgeordneten Martina Renner vom 03.12.14. Im „linksextremistischen Bereich“ wurde in diesem Zeitraum ein neues Ermittlungsverfahren eingeleitet.

⁹ vgl. Antwort der Staatsregierung (13.04.15) auf Schriftliche Anfrage vom 27.02.15

¹⁰ vgl. Antwort der Staatsregierung (17.06.14) auf Schriftliche Anfrage vom 07.05.14

Beunruhigend ist vor diesem Hintergrund auch die Antwort des Innenministeriums, wonach weiterhin 24 zum Teil gewaltbereite und mit Haftbefehl ausgeschriebene Neonazis aus Bayern untergetaucht sind.¹¹

Doch statt das Problem beim Namen zu nennen und offensiv dagegen vorzugehen, zeigt sich bei der CSU-Staatsregierung auch weiterhin die Tendenz, rechtsextreme und -terroristische Bestrebungen tot zu schweigen oder zu verharmlosen. Als Beispiele hierfür seien nur der rechtsextreme Hintergrund des „Waffennarren aus dem Glockenbachviertel“, der erst auf Nachfrage der Landtagsgrünen ans Licht kam¹², oder folgende beschwichtigende Reaktion des CSU-Innenministers Herrmann auf einen rassistischen Übergriff auf eine Flüchtlingsunterkunft im oberfränkischen Aschbach¹³ genannt:

„Fest steht, dass eine fremdenfeindliche Straftat vorliegt, die sich gegen eine Asylunterkunft und deren Bewohner richtete. Wie die Ermittlungen zeigten, gibt es bisher keine Hinweise auf einen rechtsextremistischen Hintergrund.“¹⁴

Dunkelziffer rechter Straf- und Gewalttaten wohl deutlich höher

Es ist angesichts solcher Einschätzungen des Innenministers davon auszugehen, dass die Dunkelziffer rechter Straf- und Gewalttaten noch deutlich höher ist, als dies die offiziellen Zahlen vermuten lassen. Das zeigt sich insbesondere auch bei einem Abgleich der Antworten der CSU-Regierung mit der zivilgesellschaftlichen Dokumentation gewalttätiger Angriffe auf Flüchtlinge. So tauchen in der Chronik von PRO ASYL und der Amadeu Antonio Stiftung für das Jahr 2014 beispielsweise folgende rechtsextreme Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünften auf, die in der Antwort des Innenministers fehlen¹⁵:

- Schongau (18.02.14): Angriff auf eine Flüchtlingsunterkunft in Tateinheit mit Verstoß gegen das Sprengstoffgesetz (Politisch motivierte Kriminalität – rechts);

¹¹ vgl. Antwort der Staatsregierung (30.01.15) auf Schriftliche Anfrage vom 10.12.14

¹² <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/glockenbachviertel-waffennarr-mit-verbindungen-zur-rechten-szene-1.2031056>

¹³ Auszug aus der Pressemitteilung des Polizeipräsidiums Oberfranken vom 14.01.15: „Die Gruppe zog gegen 1 Uhr grölend und Böller werfend durch das Ortsgebiet und ging dabei an einem nahegelegenen Gebäude, das als Unterkunft für Flüchtlinge genutzt wird, vorbei. Dort versuchten sie die Bewohner durch lautstarke, ausländerfeindliche Rufe auf sich aufmerksam zu machen. Anschließend gingen sie zu einem nahegelegenen Parkplatz und demolierten einen dort abgestellten, stillgelegten Alfa Romeo. Auf ihrem Rückweg, gegen 2 Uhr, unternahmen sie erneut einen Anlauf die Bewohner der Unterkunft durch Rufe zu wecken.“

<https://www.polizei.bayern.de/oberfranken/news/presse/aktuell/index.html/214062>

¹⁴ Antwort der Staatsregierung (03.03.15) auf Schriftliche Anfrage vom 23.01.15

¹⁵ <http://mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/meldung/rechte-hetze-gegen-fluechtlinge-eine-chronik-der-gewalt-2014-03>

- Großostheim (22.07.14): Körperverletzung nach § 223 StGB (Politisch motivierte Kriminalität – rechts);
- Falkenberg (23.11.14): Sachbeschädigung nach § 303 StGB (Politisch motivierte Kriminalität – rechts).

All diese Fälle finden sich – im Gegensatz zur Dokumentation des bayerischen Innenministeriums – auch in Antworten der Bundesregierung auf verschiedene Schriftliche Anfragen.¹⁶

Aufarbeitung von „Altfällen“ kommt nicht voran

Die Verharmlosung des rechtsextremen Gewaltpotenzials zeigt sich auch bei der Überprüfung von so genannten Altfällen. So haben das Bundeskriminalamt (BKA) und die Landespolizeibehörden bei einer Überprüfung von 3.300 vollendeten und versuchten Tötungsdelikten ohne Tatverdächtige auf der Grundlage eines neu entwickelten Indikatorenkatalogs bei 746 Taten Anhaltspunkte für eine mögliche politisch rechte Motivation festgestellt.¹⁷ 45 der 746 Fälle betreffen Bayern und sollten erneut untersucht werden. Laut Antwort des Innenministeriums auf eine Anfrage der Landtagsgrünen liegen jedoch „bei keinem der überprüften Tötungsdelikte ausreichende Hinweise oder Spuren vor, um eine umfängliche Wiederaufnahme der Ermittlungen zu begründen.“¹⁸ Die Wiederaufnahme von Ermittlungen sei deshalb nicht veranlasst. Von den 13 Fällen rechter Gewalt mit Todesfolge, die der Berliner *Tagesspiegel* und die Wochenzeitung *Die Zeit* für Bayern seit 1995 recherchiert haben, sind auch weiterhin lediglich sechs anerkannt – fünf davon erst seit der Selbstenttarnung des NSU.¹⁹ Hier zeigen sich erneut die Probleme unserer Sicherheitsbehörden, eigene Ermittlungsspannen selbstkritisch aufzuarbeiten.

CSU-Regierung bleibt Reaktion auf die zunehmende Gewaltbereitschaft von rechts schuldig

Seit vielen Jahren warnen wir Landtagsgrünen gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Initiativen und wissenschaftlichen Expertinnen/Experten vor einem zunehmend selbstbewussten und gewalttätigen Auftreten der rechtsextremen Szene. Die CSU-Regierung hat es bis heute versäumt, die richtigen Konsequenzen daraus zu ziehen.

¹⁶ <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/015/1801593.pdf>,
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/033/1803376.pdf>,
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/039/1803964.pdf>

¹⁷ <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/opferzahl-rechtsextremer-gewalttaten-womoeglich-deutlich-hoehere-a-937217.html>

¹⁸ Antwort der Staatsregierung auf Anfrage zum Plenum vom 05.03.15

¹⁹ <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/todesopfer-rechter-gewalt>

Statt die Gefahr von rechts weiterhin klein zu reden, brauchen wir endlich ein konsequentes, geschlossenes und ressortübergreifendes Vorgehen gegen die Bedrohung, die rechtsextreme und rassistische Tendenzen insbesondere für Minderheiten und politische Gegner, aber damit auch für unsere Demokratie als Ganzes darstellen.

Insbesondere die Arbeit der vielen zivilgesellschaftlichen Initiativen (z.B. a.i.d.a.), die oftmals einen deutlich besseren Einblick in die Strukturen der rechten Szene haben als die CSU-Regierung, gilt es endlich angemessen zu würdigen und unterstützen.

Rassismus beginnt im Kopf

Unsere Demokratie ist aber nicht erst dann gefährdet, wenn Gewalttaten von Neonazis öffentliches Aufsehen erregen. Auch rechtsextreme Einstellungen in der sogenannten Mitte der Gesellschaft gefährden das demokratische Klima und bilden den Nährboden für rechte Gewalt. Dass diese Einsicht im Regierungshandeln fehlt, zeigt nicht zuletzt die beschwichtigende Reaktion von CSU-Innenminister Herrmann auf die erschreckenden Zahlen der erst kürzlich veröffentlichten Leipziger „Mitte-Studie“ zur Verbreitung von ausländerfeindlichen und antisemitischen Einstellungen in Bayern.²⁰

Das fehlende Problembewusstsein der CSU-Regierung hat ganz maßgeblich dazu beigetragen, dass sich rechtsextreme Einstellungen in Bayern verfestigen konnten. Damit muss endlich Schluss sein.

Grüne Forderungen

Konkret fordern wir deshalb:

- einen deutlich stärkeren Ermittlungs- bzw. Fahndungsdruck gegen die rechte Szene und rechte Straftäter in Bayern;
- die Einbeziehung der Wissenschaft und Zivilgesellschaft in die Evaluierung und Überarbeitung des „Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus“;
- die Einsicht, dass die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus eine Querschnittsaufgabe ist und das Konzept daher ressortübergreifend formuliert und umgesetzt werden muss;
- ein neu aufgelegtes Förder- und Aktionsprogramm zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen, die sich gegen Rechtsextremismus und Rassismus engagieren;
- mehr Geld für schulische und außerschulische Projekte im Bereich der Demokratiebildung;

²⁰ <http://www.gruene-fraktion-bayern.de/themen/rechtsextremismus/rechtsextremismus-ein-gesamtgesellschaftliches-problem>

- eine eigenständige Opferberatung für Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt und Diskriminierung und
- die Einsetzung einer unabhängigen Kommission zur Überprüfung von Tötungsdelikten und -versuchen mit einem möglichen rechtsextremistischen oder rassistischen Tathintergrund (sogenannte „Altfälle“).

München, 24.04.2015

*Katharina Schulze, MdL, Sprecherin für Innenpolitik und
Strategien gegen Rechtsextremismus*